

22./IV. 1915.

Die Approvisionierung im Kriege.**Versammlung des Deutschwirtschaftlichen Volksvereines.**

Der Deutschwirtschaftliche Volksverein Innere Stadt hielt gestern abend unter dem Vorsitz des Obmannes kaiserlichen Rates Thomeßl im großen Saal des Johanneshofes eine zahlreich besuchte Versammlung ab, in der über die Approvisionierung Wiens während des Krieges gesprochen wurde. Abg. Friedman gab zunächst eine vergleichende Uebersicht der bei uns und in Deutschland auf dem Gebiete der Volksernährung getroffenen Maßnahmen. Es könne allerdings bei uns nicht alles kopiert werden. Aber man darf nicht um jeden Preis originell sein wollen, und was auf unsre Verhältnisse anwendbar ist, hätte rechtzeitig nachgemacht werden sollen. Viele Irrtümer wären vermieden worden, wenn man auf die Ratschläge aus fachlichen Kreisen gehört hätte. Aber man

ignorierte nicht nur diese Ratschläge, sondern hüllte die längste Zeit die große Frage der Approvisionierung in ein mystisches Dunkel. Das von den wirtschaftlichen Korporationen eingesetzte Permanenzkomitee habe sich, da bekannt war, daß eine behördliche Approvisionierungskommission geschaffen wurde, zunächst mit den Approvisionierungsfragen nicht beschäftigt.

Ueber die Beratungen der Kommission drang nichts in die Öffentlichkeit und die aus Fachkreisen zugezogenen Mitglieder wurden zur Verschwiegenheit verpflichtet. Man begnügte sich damit, die Bevölkerung durch Verlautbarungen, die zeitweise erschienen, zu beruhigen, ohne zu bedenken, daß schließlich die Tatsachen nicht zu verheimlichen sind. Die werktätige Mitwirkung der Öffentlichkeit ist unerlässlich, und man kann an den Gemeinsinn nur appellieren, wenn man die berufenen Vertreter der Allgemeinheit nicht ausschaltet. Das System der übertriebenen Bevornundung hat sich nicht bewährt. Wenn auch diejenigen die Verantwortung zu tragen haben, die absichtlich die Mitarbeit der berufenen und freiwilligen Kräfte abgelehnt haben, so sei der Bevölkerung mit dieser Verantwortung nicht gedient. Es müsse zugegeben werden, daß die Verhältnisse bei uns mit Rücksicht auf das vielfach notwendige Einbernehmen mit Ungarn schwierige sind. Ueber den ganzen Komplex dieser Fragen werde noch in einem späteren Zeitpunkte, aber hoffentlich nicht zu spät, gesprochen werden. Es wird auch die Zeit kommen, wo für all das Rechenschaft gefordert werden wird, was trotz rechtzeitigem Ratschläge veräuht oder durchgeführt wurde. Heute handelt es sich darum, für die nächste Zukunft vorzusehen. Von der Tätigkeit der Kriegsgetreideverkehrsanstalt, die endlich am 27. Februar, aber ganz anders und viel später, als man in Erkennung der Verhältnisse empfohlen, ins Leben gerufen wurde, spüre man bis nun nichts. Man hatte verlangt, daß eine Zentralstelle geschaffen werde, die mit all jenen Befugnissen ausgerüstet sei, welche eine einheitliche und gleichmäßige Aufteilung der Getreide- und Mehlbestände sicherstellt. Dem ist aber nicht so. Jede Bezirkshauptmannschaft stellt ein geschlossenes Konsumgebiet dar, in vielen Orten werde noch Weißgebäck verzehrt, auf dem Lande lebe man viel besser als in der Stadt, und schließlich müssen wir froh sein, in Wien genügend Weizenmehl aus Ungarn zu enormen Preisen zu erhalten. Was würde man in Ungarn dazu sagen, wenn wir ohne Rücksichtnahme auf die gemeinsame Unterstützung und Aushilfe mit der Ablieferung von Kohle zurückhalten würden? Nach Kriegsbeginn habe man veräuht, aus dem Auslande Getreide aufzukaufen, als dies noch durchaus möglich gewesen wäre. Aber auch der Ankauf aus Ungarn wurde nicht zu Zeiten vorgenommen, bevor noch die Ausfuhr sozusagen gesperrt wurde. Hätte man das getan, stünde es heute mit der Approvisionierung Wiens ganz anders. So aber müssen wir in Wien mit wenig und dem schlechtesten Brot vorlieb nehmen.

Auch die Beschaffung von Dauerware nach deutschem Muster wurde veräuht. Die einzige Körperschaft, die unabhängig von der Regierung hätte tagen und ihrer allerwichtigsten Obliegenheiten in Kriegszeiten, der Vorsorge für die Approvisionierung, hätte nachkommen können, der Gemeinderat, sei nicht einberufen worden. Die Bevölkerung verstehe es nicht, warum man auch diesen Vertretungskörper, dessen Patriotismus und Loyalität außer Zweifel steht, ausgeschaltet habe. Auf diesem Wege wäre es übrigens auch möglich gewesen, die Bevölkerung aufzuklären, und viel besser aufzuklären als durch Versammlungsreden. Denn es ist kaum anzunehmen, daß man Gemeinderatsberichte konfisziert hätte. Es sei noch nicht zu spät, jetzt endlich nach neunmonatiger Unterbrechung den Gemeinderat zu einer gesetzmäßigen Tätigkeit zu versammeln. Denn viele dringende Fragen der Approvisionierung nebst der Getreide- und Mehlfrage erfordern eine Unmenge von Vorkehrungen. Die enormen Preise für Fleisch, Eier, Küchner, die Zufuhr von Milch usw., all das rufe nach dringlichen Maßnahmen, die ein Mann allein unmöglich leisten könne. Redner wolle jetzt nicht Reklamationen erheben; alle wertvollen Kräfte sollen aufgehoben werden, um dem gemeinsamen Ziel im Interesse der Bevölkerung zuzusteuern. Ihre weitere Ausschaltung aber könnte Widerstände auslösen, die rechtzeitig vermieden werden müssen. Mit der Verantwortung schaffe man weder Brot noch erschwingliche Preise. Nicht die Zurückstellung des Parteihaders allein, sondern die gemeinsame Arbeit aller Parteien sei der wahre Burgfriede. (Lebhafte Beifall.)

Professor Dr. Kobatsch besprach hierauf die handelspolitischen Fragen der Lebensmittelversorgung im Kriege.